

individuelle Handeln der betroffenen Menschen war auch ein Problem der politischen Positionen zweier deutscher Staaten: Durch vieles waren die beiden Deutschlands getrennt. Sie verstanden sich selbst als Alternativen. Und doch waren sie, wie wohl kaum zwei andere Staaten, im Spannungsfeld von historischer Herkunft, Feindschaft und gleichzeitiger Kooperation, in gegenseitiger Aktion und Reaktion "vereint".

Der wieder auf Eis liegende Entwurf für ein Straffreiheitsgesetz sieht zwar vor <sup>3)</sup>, daß auch Menschen dieses Personenkreises Straffreiheit gewährt werden könnte, wenn sie sich selbst den Behörden stellen. Dieses Motiv entspringt freilich nicht einer Reflexion über die Vereinigung als eines Ereignisses wirklich großer historischer Dimension. Es ist allenfalls mit der Sorge verknüpft, aus diesem Personenkreis könnte künftig noch eine Bedrohung für das mit der Vereinigung entstandene Deutschland möglich sein: Es sei zu vermuten, "möglicherweise" habe die DDR solche Agenten an Dienste dritter Staaten "übergeben". Oder betroffene Personen könnten "erpressbar" sein. Gewiß würde jede Regierung in einem vergleichbaren Fall solche Fragen prüfen. Doch gegenwärtig findet - wenigstens in der sonst bemühten Öffentlichkeit - kaum eine seriöse Erörterung statt. Vielmehr wird suggestiv die Erwartung geschürt, diese Gefahr drohe allgegenwärtig und akut. Angesichts der in Europa entstandenen Lage läßt sich das nur als Instrumentalisierung dieses gewiß schwierigen und emotionsbelasteten Themas für politische Affekte und Effekte auf ganz anderen Feldern verstehen: denn der Realprozess der deutschen Vereinigung verläuft in krisenanfälligen Bahnen.

Eigentlich konnte erwartet werden, ein solches Jahrhundertereignis, wie die deutsche Einheit, werde bei den sie gestalten wollenden politischen Kräften so etwas wie historische Generösität hervorbringen. Sollte nicht angesichts der geschichtlichen Wurzeln des Gegeneinanders der beiden Deutschlands und des beendeten Ost-West-Gegensatzes durch eine politische Geste einem Geist der Aussöhnung Raum geschaffen werden? Statt dessen Kleinkariertheit im Abrechnen bisheriger Feindseligkeit der beiden Deutschlands. Assoziationen an früher geübte Ritterlichkeit gegenüber einem niedergeworfenen Gegner?

Vergessen sogar, nachdem nun "Einseitigkeit" hergestellt ist, die frühere humanitäre Praxis der wechselseitigen Begnadigung und des Austausches der Agenten, die schon zum Gewohnheitsrecht und zur zuverlässigen Erwartung Betroffener gewordenen war? Möge man den "realen Sozialismus" oder die "Partei- und Staatsführung" der DDR beurteilen, wie man wolle: Darf ignoriert werden, daß die Teilung Deutschlands mitsamt